

Spandauer Zeitung

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Amtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und städtische Behörden



Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage.
Verlagsstelle: Berlin-Spandau, Neuenharden Straße 10.
Telephon-Nr. 1271; Amt Spandau Nr. 1226, 1227 und 1228.

Regelmäßige Beilagen:

Wöchentlich: „Spandauer Illustrierte Zeitung“, Spandauer „Wochenblatt“, „Kunst der Frau“, „Der Arbeiter“, „Arbeitsnachweise“, „Die technische Rundschau“.

Belegpreis: 10 Pfennig. 40 Belegblätter einschließlich 40 Belegblätter. Die Belegblätter sind für den Monat 1,70 Belegblätter einschließlich 170 Belegblätter. Ein Jahr 17,00 Belegblätter einschließlich 1700 Belegblätter. Die Belegblätter sind für den Monat 1,70 Belegblätter einschließlich 170 Belegblätter. Ein Jahr 17,00 Belegblätter einschließlich 1700 Belegblätter.

Belegpreis: Die 10 Pfennig. 40 Belegblätter einschließlich 40 Belegblätter. Die Belegblätter sind für den Monat 1,70 Belegblätter einschließlich 170 Belegblätter. Ein Jahr 17,00 Belegblätter einschließlich 1700 Belegblätter.

Nummer 92.

Dienstag, den 21. April 1925.

32. Jahrgang.

Die bulgarische Regierung auf dem Pulverfaß.

Von Professor Bergsträßer, M. d. R.

Allmählich kann man sich aus den vielerlei Meldungen über das grauenhafte Attentat in Sofia ein Bild machen, und das Ereignis in die Politik des Landes einordnen. Es ist ja nicht vereinzelt, sondern das letzte und größte einer ganzen Reihe gleichartiger gewalttätiger Vorkommnisse. Seit einem halben Jahre folgt in Bulgarien ein politischer Mord dem andern, eine ganze Reihe von Führern politischer Parteien und Organisationen ist ihnen zum Opfer gefallen, vor einiger Zeit der bekannte Journalist Mileff, dann der frühere General und Abg. Georgiew, dessen Leichenbegängnis den Anlaß zu dem letzten Anschlag gab. Dazwischen ist auch der König Boris einmal überfallen worden, wobei einige seiner nächsten Begleiter den Tod fanden. Aus dieser Aufeinanderfolge allein ergibt sich schon, daß die Ereignisse nicht zufällig sind, sondern auf ungemein starken politischen Gegensätzen beruhen und politischer Natur entsprechen. Es ist doch wohl so, daß die Gegner des gegenwärtigen Regiments mit dem Anschlag auf den König und besonders mit dem Attentat in der Kathedrale nichts weniger zu erreichen hofften, als daß sie sich selbst würden anstelle der bisherigen Machthaber setzen können. Es fehlte ja ohnehin nicht viel, so wären durch dieses Attentat die gesamten Männer der Regierung des Ministerpräsidenten Jankow hinweggeräumt worden. Obgleich in den 25 Abgeordnete der Regierungsparteien umgekommen sind.

Auch wenn man weiß, daß politische Morde und Attentate auf dem Balkan eine häufigere Erscheinung sind als anderswo, wird man in den letzten Vorkommnissen eine ernste Gefährdung der bestehenden Regierung sehen. Ohne Zweifel geht sie aus von einem Zusammenwirken der kommunistischen Partei mit der Agrarpartei, d. h. den Anhängern des von der gegenwärtigen auch auf gewalttätigem Wege beiseite geschobenen Ministerpräsidenten Stambulinski. Er unterlag vor anderthalb Jahren einer Militärrevolte, die politisch von den Vertretern des städtischen Bürgertums geführt war. Seitdem bemühte sich die Regierung Jankow, geordnete und ruhige Verhältnisse zu schaffen. Aber infolge innerer wie äußerer Schwierigkeiten kam sie erst allmählich zu einer wirklichen Aufbauarbeit.

Da Bulgarien in den Friedensverträgen für seine Leistungsfähigkeit sehr beträchtliche Reparationsverpflichtungen hatte übernehmen müssen, da überdies der Staatshaushalt durch die hohen Ausgaben für ein Söldnerheer, das Bulgarien im Friedensvertrag lediglich zugesprochen worden war, bedenklich belastet wird, so war die Regierung, wenn sie überhaupt festen Boden unter den Füßen gewinnen wollte, genötigt, hohe Steuern zu erheben. In dem überwiegend agrarischen Lande konnte sie infolgedessen die Bauern nicht schonen. Sie mußte mit der Privilegienwirtschaft ihres ungarischen Vorgängers brechen und hat den ohnehin an Kapitalmangel leidenden Landmann übermäßig bedrückt. Das ist eine der Wurzeln der Unzufriedenheit. Sie wird dadurch verstärkt, daß ohnehin der schwerarbeitende Bauer dem Städter sein äußerlich leichteres Dasein mißgönnt.

Die agrarische Partei Stambulinski hatte sich agitatorisch vielfach kommunistischer Schlagworte und Gedankengänge bedient und damit gute Erfolge gehabt. Sie hatte auch direkte Verbindungen nach Rußland anknüpfen, was ihr um so leichter fiel, als die russischen Sympathien in bulgarischen Volkskreisen einen festen Boden haben. Nur so ist es zu erklären, daß auch die direkte von Rußland geförderte, mit Geld reichlich unterstützte kommunistische Agitation beträchtliche Erfolge erzielte.

Dabei wird man wohl nicht fehlgehen, wenn man feststellt, daß alle diese Bestrebungen vom serbischen Nachbar wohlwollend betrachtet wurden. Flüchtige Führer der Agrarkommunisten sitzen seit langem unbehelligt in Belgrad, obwohl die dortige Regierung ihre Verbindung mit Moskau sicher kennt. Sie werden gefördert um ihres außenpolitischen Programms willen. Wie ihr vorstrebender Meister Stambulinski vertreten sie den Zusammenschluß aller Balkanstaaten in einem Reiche, dessen innere Organisation sie sich als Föderativrepublik ähnlich dem Sowjetssystem vorstellen. So glauben sie auch die mazedonische Frage lösen und damit die schwerste Wunde am Leibe Bulgariens heilen zu können. Der Gedanke an sich erscheint insofern wohl diskutabel, als der tatsächliche Unterschied zwischen Bulgarien und Serbien nicht so sehr groß ist. Eine andere Lösung der mazedonischen Frage ist ja gerade wegen der kaum sichtbaren Übergänge so ungemein schwierig. Aber diese Lösung würde bedeuten, daß Bulgarien seine Selbständigkeit aufgeben, denn wie die Dinge nun einmal liegen, käme nur Serbien als Führer einer derartigen Union in Betracht. Die jetzigen Regierungskreise in Bulgarien bekämpfen eine derartige Lösung unbedingt. Sie finden dabei in ihrem Kampf gegen den Bolschewismus bei Rumänien wohlwollende Unterstützung, aber das reicht natürlich

Das Werk der Sowjetregierung.

Funktionspruch der „Sp. Ztg.“

London, 21. April.

„Times“ berichtet aus Sofia, es werde immer klarer, daß die Verschwörer viel mehr Anhänger unter den Offizieren, im Heere und unter den Regierungsbeamten hatten, als die Behörden zuerst vermuteten. Geld scheint im Übermaß verwandt worden zu sein, und verschiedene gut bekannte Personen, deren Namen zu nennen augenblicklich unzulässig wäre, seien in diese weitverzweigte Verschwörung verwickelt. Um die Erlaubnis zur Erhöhung ihrer Heeresstärke zu erhalten, habe die bulgarische Regierung die Originale der kürzlich von den Behörden beschlagnahmten kommunistischen Korrespondenz den diplomatischen Vertretern Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Sofia zur Verfügung gestellt. Diese Dokumente bewiesen die Verantwortlichkeit der Dritten Internationale für diese Unruhen. Ihre Verbrechen und die stillschweigende Gutheißung durch die Sowjetregierung werde mehr als angedeutet.

Von den konservativen Blättern wird auf die Notwendigkeit eines Vorgehens gegen die in London ansässigen Sowjetnetze hingewiesen und ein Vorgehen in dieser Richtung als die notwendige und dringende Aufgabe der Regierung bezeichnet, da eine internationale Aktion zu viel Zeit koste und Vorbereitungen erfordere würde. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ zählt eine Reihe von Agenten auf, die in der letzten Zeit von Moskau nach Wien gesandt wurden, so unter anderem Gradowsty, der früher an der Spitze der Sowjetgeheimdienste in Konstantinopel und Sofia stand, ferner Professor Grimm. Außerdem sei eine sogenannte militärische Abteilung in Wien als eine Unterabteilung des Spionagebureaus in Moskau gebildet worden. In dieser Abteilung gehörte ein Oberst, der früher der Wiener Sowjetbotschaft angehört und dort einen üblen Eindruck gemacht hatte.

Der Plan der Attentäter.

Sofia, 20. April. (Bulg. Tel.-Agentur.)

Aus ergänzenden Einzelheiten über die Organisation des Attentats in der Kathedrale in Sofia geht hervor, daß die ehemaligen Offiziere Jankow und Mileff im Monat März dieses Jahres mehrmals die Rede der Kirche unterzuchten, wo der Explosivstoff niedergelegt werden sollte. Die Hüllenmaschine wurde auf dem Boden der mittleren Hauptkuppel um 7.30 Uhr am Tage der Explosion niedergelegt. Ein Automobil wartete in der Nachbarschaft, um den jungen Mann, welcher die Zündschnur in Brand setzte, und den Koffer mitzubringen. Das Automobil sollte sie nach einem Ort in Nordbulgarien führen, von wo sie ins Ausland zu gelangen hofften. Dieser Plan mißglückte infolge der schnellen Maßnahmen, durch die jedes Verlassen der Stadt verhindert wurde. Die Urheber des Attentats rechneten damit, den König und die Minister zu töten, Unruhen hervorzurufen und sich in den Besitz der Macht zu setzen, was unfehlbar die Befreiung Bulgariens durch jugoslawische Truppen und Balkanwirren herbeiführen würde. Die Verschwörer hatten neun hervorragende Persönlichkeiten aus den Regierun-

nicht aus, um ihnen den Erfolg zu sichern. Wenn überhaupt die jetzige Regierung die augenblickliche Krise überwindet, was wohl anzunehmen ist, da sie das Militär in der Hand hat, und was auch im Interesse Bulgariens wünschenswert erscheint, so wird sie zu einer wirklichen Beruhigung des Landes nur kommen, wenn die Kontrahenten des Friedens von Neuem sich dazu aufraffen, dem kranken Staat die nötigen Erleichterungen und für die nächsten Jahre die positive Unterstützung reichlicher Kapitalzufuhr zu gewähren. Denn auch dieser Friede ist auf Sand gebaut, da er die Wirklichkeit nicht achtete.

Beneß in Warschau.

Ein Streifen-Zwischenfall.

Funktionspruch der „Sp. Ztg.“

Warschau, 21. April.

Gestern abend kam es zu einem bemerkenswerten Zwischenfall. Das polnische Regimentsauto, in dem um 6 Uhr abends der tschechische Außenminister Beneß in Begleitung des tschechischen Gesandten durch die Stadt fuhr, um einige offizielle Besuche abzuhalten, überfuhr in einer der belebten Hauptstraßen, als es einem Radfahrer ausweichen wollte, einen neunzehnjährigen Zeilungsarbeiter, der an der Hand seiner Mutter am Bürgersteig dahingestürzt. Der Kleine wurde auf der Stelle getötet. Die „Robotnik“ meldet, gelang es der Polizei nur mit Mühe, die Ordnung aufrechtzuerhalten, da die empörten Passanten, die den Kraftwagenführer Ignachen wollten, auch gegen die beiden Autoführer, die sie nicht kannten, eine drohende Haltung einnahmen.

Die Arbeitszeit in der Groß-Eisenindustrie.

Im Reichsarbeitsministerium hat eine Besprechung mit Vertretern der Groß-Eisenindustrie und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die künftige rechtliche Regelung der Arbeitszeit in der Groß-Eisenindustrie stattgefunden. Nachdem sich die beiderseitigen Vertreter über die wirtschaftliche Lage in der Groß-Eisenindustrie und über ihre Stellung zur Frage der Arbeitszeitregelung grundsätzlich ausgesprochen hatten, einigte man sich dahin, daß das Reichsarbeitsministerium zunächst mit den Parteien getrennt verhandeln wird. Das Reichsarbeitsministerium bezieht sich vor, bei Vorliegen eines amtlichen Gesetzentwurfs über die künftige Regelung nochmals eine gemeinsame Beratung mit den Parteien abzuhalten.

freien bezeichnet und ihren Helfershelfern den Befehl erteilt, diejenige von diesen Persönlichkeiten umzubringen, die sich am leichtesten einem Angriff darbieten würde, um dadurch das gesamte Offizierskorps und den König zu veranlassen, an dem Trauergottesdienst in der Kirche teilzunehmen.

Erfolgung des Attentäters.

Sofia, 21. April.

Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, den Aufenthaltsort Minoffs, der die Hüllenmaschine in der Kathedrale untergebracht hatte, festzustellen. Als er verhaftet werden sollte, leistete er Widerstand und wollte flüchten. Die Polizisten machten von der Waffe Gebrauch und streckten ihn durch einen Herzschlag nieder. Die Polizei umgingelte ferner ein Haus, unter dessen Insassen man Jankow, die Seele der Verschwörung, vermutete. Von den Hausbewohnern wurde auf die Polizei geschossen. Man hofft, Jankow verhaften zu können.

In der Umgegend Sofias und in der Provinz wurden weitere zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Neue kommunistische Anschläge sind in den letzten Tagen nicht gemeldet worden. Alle verhafteten Personen, die nicht an den kommunistischen Umsturzplänen beteiligt sind, wurden nach eingehender Untersuchung wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Gerichte, die im Ausland über eine Revolution und Massenhinrichtungen umgehen, sind völlig grundlos.

Bestärkung des bulgarischen Heeres.

Paris, 21. April.

Die bulgarische Regierung hat an die Interalliierte Kontrollkommission das Ersuchen gerichtet, das bulgarische Söldnerheer um 10 000 Mann verstärken zu dürfen. Das Interalliierte Komitee von Versailles hat geteilt dieses Ersuchen vom technischen Standpunkt aus geprüft. Das Ersuchen wird darauf von der Vorkonferenz beraten werden, die der bulgarischen Regierung ihre Entscheidung in kürzester Zeit mitteilen wird.

Schwere Vorwürfe gegen Serbien.

Wien, 20. April.

Die „Reichspost“ veröffentlicht ein Telegramm aus Budapest, nach dem in dortigen politischen Kreisen, die mit den Balkanangelegenheiten sehr gut vertraut sind, darauf hingewiesen wird, daß gerade in der Zeit der letzten Anschläge in Bulgarien bulgarische Emigranten nach Serbien zogen, und zwar mit serbischen Pässen, in denen ihr Name falsch angegeben war. Die „Reichspost“ schließt daraus, daß Serbien bei dem Anschlag auf König Boris dieselbe Rolle wie bei dem Attentat gegen den Erzherzog Franz Ferdinand im Jahre 1914 in Sarajewo spielen könnte. Es trete ein Zusammenhang zutage zwischen der Prozedur, die bulgarische Emigranten in Belgrad genossen und den letzten Anschlägen in Sofia. In Belgrad trage man sich jedenfalls mit dem Plane der Befreiung bulgarischer Gebiete, falls es in Sofia und anderen Städten Bulgariens zur Revolution kommen sollte. Man wünsche diese Befreiung, also selbstverständlich auch den Weg zu diesem Ziel.

Kontrollbericht und Präsidentschaftswahlen.

Kein Schritt vor der Wahl.

Funktionspruch der „Sp. Ztg.“

London, 21. April. (W. T. B.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erfährt, daß der Reichsgenerallstab eifrig mit der Prüfung des in der Frage der deutschen Rüstungen durch Marschall Foch und das Pariser Militärkomitee in ihrem zweiten Bericht über die Militärkontrolle erzielten Schlusses beschäftigt sei. In keinem Falle werde eine hieraus bezügliche Veröffentlichung erfolgen oder in Berlin eine alliierte Note überreicht werden, bevor die deutschen Präsidentschaftswahlen stattgefunden hätten. Aus Paris strömende Gerüchte stehen auf die Möglichkeit schließen, daß die neue französische Regierung versuchen werde, die Reichweite des Westpakt zu vergrößern. Der Berichterstatter ist der Ansicht, die Beteiligung Dänemarks an dem Pakt stehe außerhalb der praktischen Politik.

Deutsch-russische Besprechungen über den Sicherheitspakt.

Berlin, 21. April.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist vom Rat der Volkskommissare in Moskau kürzlich beschlossen worden, sich mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen, um nähere Auskunft zu erhalten über die Ziele, die der deutsche Außenminister mit seinen Vorschlägen zur Sicherheitsfrage verfolgt und insbesondere über diejenigen Punkte des Problems, die direkte russische Interessen berühren. Man erwartet für die nächste Woche einen diesbezüglichen Schritt der Sowjetregierung, die sich zwar nicht geradezu beunruhigt über den gegenwärtigen Stand der Frage gezeigt hat, die aber auf jeden Fall Auskunft darüber zu erhalten wünscht, ob ein grundsätzlicher Kurswechsel geplant sei. Von diplomatischer deutscher Seite wird erklärt, daß hierzu natürlich nicht die Rede sein könne, und daß die Erklärungen, die man der russischen Regierung geben werde, sicher in allen Punkten befriedigend ausfallen werden.